



Regierungspräsident Guido Graf begrüsst die Angebotserweiterung «ambulant vor stationär» sehr (v.l.): Dr. Kerstin Gabriel Felleiter, Leitende Ärztin, Ambulante Dienste Luzerner Landschaft lups, Guido Graf, Vorsteher Gesundheits- und Sozialdepartement Kanton Luzern, Peter Schwegler, Direktor/CEO lups. Foto zvg

## Bessere Versorgung auf dem Land

**PSYCHIATRIE** Neu können Menschen mit einer akuten psychischen Erkrankung auch in der Luzerner Landschaft nach dem Grundsatz «ambulant vor stationär» zu Hause behandelt werden. Dies sei aus Sicht der Patientinnen und Patienten wie auch aus fachlicher und betriebswirtschaftlicher Perspektive sinnvoll.

Im Zusammenhang mit der Unternehmensstrategie «lups2020» hat die Luzerner Psychiatrie (lups) nach Lösungen für die Bewältigung der steigenden Nachfrage nach psychiatrischen Dienstleistungen gesucht. Die Auslastung ihrer Kliniken und Ambulatorien war gemäss Medienmitteilung in den vergangenen Jahren sehr hoch, so dass eine Angebotsentwicklung un-

umgänglich wurde. Anstelle zusätzlicher Klinikbetten will die Luzerner Psychiatrie nach dem Grundsatz «ambulant vor stationär» die akutpsychiatrische Versorgung in der Luzerner Landschaft stärken und so die Überbelastung mildern. Dieses psychiatrische Akutangebot stelle keine Konkurrenz zu anderen Leistungsanbietern dar, heisst es in der Medienmitteilung der lups.

### Behandlung in der gewohnten Umgebung

In der Stadt und Agglomeration Luzern habe sich das Angebot der Gemeindeintegrierten Akutbehandlung (GiA) seit sechs Jahren sehr gut bewährt, schreibt lups. Die Behandlung von psychisch kranken Menschen zu Hause in der gewohnten Umgebung biete viele Vorteile: Es kann individuell auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten eingegangen werden und die An-

gehörigenarbeit gewinnt noch mehr an Bedeutung. Familienmitglieder und andere nahestehende Personen können in die Gespräche mit einbezogen werden; Fragen oder Unsicherheiten thematisiert und direkt mit der Fachperson besprochen werden.

Ab 1. Oktober 2013 steht die Dienstleistung der GiA nun auch der Bevölkerung der Luzerner Landschaft zur Verfügung. Auch dank der guten Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement und den Versicherern könne die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern nach dem Grundsatz «ambulant vor stationär» weiterentwickelt werden, schreibt lups. Diese profitierten denn auch von dieser Behandlungsform, die im Vergleich zu einem stationären Aufenthalt kostengünstiger sei.

Das Team der GiA Luzerner Landschaft mit Sitz in Sursee nimmt seine Arbeit am 1. Oktober 2013 auf. pd/wb

## IN EIGENER SACHE



damit die Stellvertretung von Verlagsleiterin Sabine Galindo. Ramona Hodel hat

Der Verwaltungsrat der SWS Medien AG Verlag hat an seiner letzten Sitzung Ramona Hodel zur stellvertretenden Verlagsleiterin befördert. Sie übernimmt damit die Stellvertretung von Verlagsleiterin Sabine Galindo. Ramona Hodel hat

sich in den letzten neun Jahren ein breites Wissen in unserer Unternehmung angeeignet und sich laufend weitergebildet. Vor sechs Jahren absolvierte sie die Prüfung zur Marketingplanerin mit Eidg. FA und kürzlich hat sie einen Kompaktlehrgang im Bereich Personalführung abgeschlossen. Im kommenden Sommer wird sie zudem die zweijährige eidgenössische Weiterbildung zur Medienmanagerin am Schweizerischen

Medieninstitut absolvieren. – An der gleichen Sitzung hat der Verwaltungsrat Dr. André Bieri, Rechtsanwalt und Notar, Hochdorf, zu seinem neuen Vizepräsidenten gewählt. André Bieri gehört dem Verwaltungsrat seit 2009 an. Er tritt die Nachfolge von Viktor Peter, Willisau, an, der auf die letzte Generalversammlung hin nach 25 Jahren aus dem Verwaltungsrat zurückgetreten war. Verwaltungsrat SWS Medien AG Verlag

## BRIEF

# aus dem Nationalrat

Das ist auch nötig, denn pro Session werden in der Regel 300 bis 400 Vorstösse eingereicht, ohne die Fragen für die Fragestunde mitzuzählen. Mit andern Worten: Was wir in dieser Session an Vorstössen abarbeiten, ist durch die eingereichten Vorstösse wohl schon wieder wettgemacht! Übrigens: Wird ein Vorstoss innerhalb von zwei Jahren nicht beraten, so wird er abgeschrieben.

Parlamentarier nutzen diese verschiedenen Instrumente, um politisch aktiv zu werden. Mit einer parlamentarischen Initiative beispielsweise kann der Entwurf zu einem Gesetz oder Grundzüge eines solchen Erlasses vorgeschlagen werden. Alle Gesetzgebungsarbeiten erfolgen in einer Kommission des National- oder Ständerates. Reicht ein Parlamentsmitglied eine Motion ein, so wird der Bundesrat beauftragt, einen Erlassentwurf (Gesetz) vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Mit einem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob ein Entwurf zu einem Erlass der

Bundesversammlung (Bundesgesetz, Bundesbeschluss oder Verordnung) vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen sei. Und dann gibt es noch die Interpellation oder die Anfrage, mit der Auskunft über wichtige innen- oder aussenpolitische Ereignisse und Angelegenheiten des Bundes verlangt wird. Auf aktuelle Begebenheiten können wir Parlamentsmitglieder mit der Einreichung einer Frage für die Fragestunde reagieren. Diese findet jeweils in der zweiten und dritten Sessionswoche am Montagnachmittag statt.

### Besuch von Schulklassen

Jede Session besuchen Schulklassen den Ratsbetrieb, hören dem Parlament von der Tribüne aus zu, werden durch das Bundeshaus geführt und können in einer Fragestunde in einem Kommissionszimmer Parlamentsmitgliedern ihre Fragen und Anliegen deponieren. Auch letzte Woche konnte ich zwei Schulklassen Red und Antwort stehen. Ich schätze diese Besuche und das Engagement von Lehrpersonen für die politische



## ANNO DAZUMAL

Grenzbesetzung 1915: Ein Foto aus dem Album der Familie Rosalia und Johann Hafner-Wüest, Uffikon, zur Verfügung gestellt von Bernadette Hafner-Illi, Schötz.

## LESERBRIEFE

# Metro-Projekt: Aufnehmen und weiterentwickeln

Das von privater Seite initiierte Metro-Projekt ist interessant und zeigt einen pragmatischen Lösungsweg für Teile der Verkehrsüberlastung in der Stadt Luzern auf. Auf der anderen Seite klammert man sich an das mittlerweile vom Tief- zum Durchgangsbahnhof mutierte Projekt auf der gegenüberliegenden Stadtseite. Dessen Machbarkeit ist noch nicht gegeben. Jetzt zu sagen, dass das Projekt Tiefbahnhof auf gutem Wege ist, kann mit dem Lesen in der Glaskugel verglichen werden.

Nun gilt es die Alternativen zu prüfen. Hier liegen die Lösungen Müri (Seetalplatz mit Bahnhof Emmenbrücke) und den Vorschlag Simmen (Dreieck Nord) auf der Hand. Es gilt nun, das Projekt Metro in Ibach mit diesen beiden Projekten zu prüfen und finanzierbare Varianten zu studieren. Mit einer Verknüpfung des Metro-Projektes mit

dem Bahnknoten Luzern Nord/Emmenbrücke könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Die Schaffung eines grossen Parkhauses für Bus und PW; eine Stichstrecke mit der Metro via Spital-Schwanenplatz-Bahnhof, allenfalls noch weiter bis in die Region Alpenquai, sowie die Realisierung des Doppelspurausbau am Rossee.

Ich rufe die zuständigen Verantwortlichen auf, sowohl mit den Metro-Initianten als auch mit den anderen Ideengebern in Kontakt zu treten, um Synergien zu schaffen. Das alleinige Festhalten am Tiefbahnhof löst nur einen Teil der Problematik.

Ich freue mich auf interessante Diskussionsbeiträge und Lösungsvorschläge.

Marcel Omlin,  
Kantonsrat SVP, Rothenburg

wer die Rahmenbedingungen festlegt. Und bei konkreten Geschäften, wie an diesem Wochenende, können die Stimmberechtigten direkt entscheiden, ob sie eine Vorlage annehmen oder ablehnen.

### Alkoholgesetz mit Schnapsidee

Dass das geltende, aus dem Jahre 1932 stammende, Alkoholgesetz revidiert werden muss, war allen klar. Es entspricht nicht mehr den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten. Dass es aber mit einem Steuersystem aus dem 19. Jahrhundert – der Ausbeutebesteuerung, die 1886 eingeführt wurde, weil man damals keine tauglichen Instrumente hatte, um kleine Brennengen richtig zu erfassen – «erneuert» wird, darf mit Fug und Recht als Schnapsidee bezeichnet werden! Da die Beratungen noch nicht abgeschlossen sind – es gibt noch einige Differenzen zwischen Stände- und Nationalrat – ist nur zu hoffen, dass die Besteuerung nochmals, bei nüchterner Betrachtung, diskutiert und dem 21. Jahrhundert angepasst wird!



Prisca Birrer-Heimo  
Nationalrätin SP,  
Rothenburg

Im Nationalrat sind auf der Geschäftsliste dieser Herbstsession auffallend viele Vorstösse traktandiert. Insgesamt sind rund 330 Motionen und Postulate sowie 13 parlamentarische Initiativen

## Vorstossflut wird abgearbeitet

aus den verschiedenen Departementen zur Beratung vorgesehen. Da einige Bundesratsgeschäfte, z.B. das Kartellgesetz, in den Kommissionen noch nicht fertig beraten wurden, bleibt mehr Zeit für die parlamentarischen Vorstösse.